



NEWSLETTER VON CLAUDIA TAUSED

Liebe Leserinnen und Leser,

„die Krise meistern. Die Zukunft gestalten.“ war das Motto unserer Jahresauftaktklausur, mit der wir als Fraktion ins neue Jahr gestartet sind. Wir haben grundsätzliche Beschlüsse gefasst, die ich Euch in diesem Newsletter vorstellen werde, und die Arbeitsplanung für das nächste Halbjahr festgezurr - einige Beispiele für unsere Vorhaben:

- **Novelle des Baugesetzbuches:** In angespannten Wohnungsmärkten schaffen wir einen Genehmigungsvorbehalt, Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umzuwandeln. Wir wollen Kommunen ermöglichen, Grundstückseigentümer dazu verpflichten, freie Flächen mit Wohnungen zu bebauen, wenn es dringenden Wohnbedarf gibt. Wir geben den Kommunen Instrumente an die Hand, um Nachverdichtung in Innenstädten zu erleichtern und einfacher gegen sogenannte Schrottimmobilien vorzugehen.
- **Reform des Mietspiegelrechts:** Wir wollen die Bedeutung des qualifizierten Mietspiegels stärken, Schlupflöcher schließen und verpflichtend regeln, diesen alle 5 Jahre neu zu erstellen.
- **Faire Verbraucherverträge:** Per Gesetz wollen wir Verbraucher*innen vor Kostenfallen, Überrumpelung am Telefon und unbilligen Vertragsklauseln schützen und Vertragslaufzeiten von über einem Jahr noch unter strengen Voraussetzungen zulassen.
- **Mobile-Arbeit-Gesetz:** Derzeit arbeiten immer mehr Beschäftigte im Homeoffice und wir wollen mobiler Arbeit einen verlässlichen Rechtsrahmen geben.
- **Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter:** Wir wollen einen Rechtsanspruch ab 2025 einführen und dies mit 2,75 Mrd. Euro Investitionsmittel verknüpfen.
- **Mehr Frauen in Führungspositionen:** Künftig soll in Vorständen von börsennotierten und zugleich paritätisch mitbestimmten Unternehmen mit mehr als drei Mitgliedern mindestens eine Frau vertreten sein.

[Hier geht es zu unserer Bilanz](#)

Seit dem Jahreswechsel zeigen einige Neuregelungen Wirkung

Viele werden im neuen Jahr dank der SPD spürbar mehr Geld in der Tasche haben. Wir haben den Mindestlohn auf 9,50 € angehoben. Es gibt mehr Kindergeld, mehr Kinderzuschlag für Familien mit kleinen Einkommen sowie einen höheren Mindestunterhalt. Der Soli entfällt für 90 % der Steuerzahler*innen, der steuerliche Grundfreibetrag steigt und es gibt eine Home-Office-Pauschale. Die Grundrente ist da und die Regelsätze für Grundversicherung steigen. Seit 1.1. gilt die Überbrückungshilfe III und das erhöhte Kurzarbeitergeld läuft weiter. Wir haben die EEG-Umlage gesenkt, das Wohngeld erhöht und die Entfernungspauschale für Pendelnde angepasst. Mit der Reform der Kfz-Steuer werden umweltfreundliche Antriebe und sparsame Verbrenner weniger besteuert. Allein die steuerlichen Verbesserungen können mehrere Hundert bis über 1.000 € zusätzlich in die Haushaltskasse bringen. Außerdem gibt es deutlich mehr Geld für Zukunftsinvestitionen, für den öffentlichen Nahverkehr und die Förderung klimafreundlicher Alternativen zu CO₂-Emissionen.

[Hier die Übersicht zu den wichtigsten Neuerungen](#)

Für eine positive Bilanz der Wohnungspolitik: Vereinbarungen jetzt umsetzen!

Dauerhaft bezahlbares Wohnen ist ein wesentliches Element sozialer Sicherheit. Eine soziale Bodenpolitik, welche die Interessen der Allgemeinheit vor privatwirtschaftliche Gewinnerzielungsabsichten stellt, ist dafür die Grundlage. Mit dem Baulandmodernisierungsgesetz wollen wir hier ersten Schritt gehen. Wir wollen außerdem bis 2030 sicherstellen, dass es in deutschen Großstädten für deutlich mehr als die Hälfte der Bevölkerung Zugang zu öffentlichem oder preisgebundenem Wohnraum gibt.

Um den Ausstoß der Treibhausgase zu begrenzen und klimafreundliche Investitionsentscheidungen zu unterstützen, hat CO₂-Ausstoß seit Jahresanfang einen Preis. Mieter*innen können zwar sparsam heizen, haben aber keinen Einfluss auf die Art der Heizung oder die energetische Effizienz einer Wohnung. Wir machen uns deshalb dafür stark, dass entsprechende Mehrkosten beim Heizen zu 100 Prozent von den Eigentümer*innen getragen werden.

Wir wollen schließlich die soziale Funktion des Mietrechts auch auf Gewerbemieten übertragen, um eine vielfältige Mischung aus kleinen Gewerbebetrieben, sozialen und kulturellen Projekten sowie Wohnraum zu erhalten. Dazu gehören ein effektiver Kündigungsschutz, eine Begrenzung zulässiger Mieterhöhungen und ein Gewerbemietenspiegel.

[Hier geht es zum Positionspapier](#)

In Solidarität durch die Pandemie

Der öffentliche Gesundheitsdienst ist in den vergangenen Monaten deutlich an seine Kapazitätsgrenzen gestoßen. Um das zu ändern, wollen wir als zentrale Koordinierungsstelle ein Bundesgesundheitsamt einrichten. Und wir wollen den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) neben der ambulanten und stationären Versorgung zu einer starken dritten Säule im Gesundheitssystem ausbauen.

[Hier geht es zum Positionspapier](#)

Zukunft entsteht aus Zusammenhalt

Wir wollen den Weg in ein neues industrielles Zeitalter ebnen und den Wandel der Arbeitswelt gerecht gestalten. Wir brauchen erhebliche Mehrinvestitionen in Bildung und Qualifizierung. Die Abschaffung des Missbrauchs der Befristungen ist für die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer*innen in Deutschland von zentraler Bedeutung. Internationale Konzerne mit Milliardengewinnen sollen endlich gerecht besteuert werden und so ihren Beitrag für die Gemeinschaft, für Bildung, Forschung und Infrastruktur leisten. Wir wollen außerdem das überholte Unternehmensrecht reformieren, so gesetzlich verantwortliches unternehmerisches Handeln stärken und Korruption vorbeugen.

[Hier geht es zum Positionspapier](#)

Die Transatlantischen Beziehungen neu denken

Vier Jahre Donald Trump haben das Vertrauen auf beiden Seiten des Atlantiks erschüttert. Dennoch sind die USA nach wie vor unser wichtigster und engster Partner außerhalb Europas. Die jüngsten Ereignisse in den USA sind Grund zur Sorge. Mit der Wahl Joe Bidens zum neuen US-Präsidenten bietet sich nun wieder die Chance, unsere Partnerschaft auf eine neue Grundlage zu stellen und zu einem konstruktiven Dialog zurückkehren.

[Hier geht es zum Positionspapier](#)

Claudia Tausend MdB

stv. Sprecherin im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie

stv. Sprecherin im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunales

Oberanger 38
80331 München
Tel: 089 - 18 93 28 58

claudia.tausend.wk@bundestag.de
facebook.com/tausendmalbesser
www.claudia-tausend.de